



# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stock  
Korrespondenz: Nordsee 8246

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Zum neuen Jahre!

Alljährlich begrüßt sich die Menschheit am ersten Januartage  
Lauter als sonst mit hoffend fröhlichem Blick;  
Jeder wünscht freudig dem andern, daß alle Ungunst und Plage,  
Die ihn und die Seinen beschwert, nimmer kehre zurück.

Und der Genosse drückt dem Genossen die Hände,  
Männer von Werkstatt und Bau, aus der Fabrik und dem Schacht  
Wünschen von Herzen, daß endlich das neue Jahr spende  
Bessere Zeiten von Frieden und Eintracht umfacht!

Und man wünscht, daß der Freiheit hell strahlende Rote  
Endlich leuchte den Armen, dem darbenenden Menschengeschlecht,  
Daß im Orkus verschwinden alle Kengste und Nöte,  
Daß endlich auf Erden gelte nur noch rein menschliches Recht.

Alles was recht ist: Ich will diesem Brauche nicht scheitern,  
Hoffen und Wünschen verschönt vielfach den menschlichen Pfad;  
Doch unter uns allen, die vorwärts streben, muß gelten:  
Besser als wünschen und hoffen ist die erlösende Tat!

Nur durch rastloses Wirken und Schaffen könnt ihr erringen  
Euer menschliches Recht, könnt ihr beenden die Pein;  
Nur die kraftvolle Tat verbürgt ein gutes Vollbringen,  
Nur durch eifriges Streben könnt ihr die Arbeit betrein!

Drum vorwärts zur Tat! Frisch auf, dem Feinde entgegen!  
Küffelt die Schlafenden wach, gebt auf die Strauchelnden acht!  
Schließt Euch zusammen zum Streit! Laßt alle Kräfte sich regen!  
Nur durch Organisation schafft ihr Euch Einfluß und Macht!

So soll es sein im neuen Jahre, ihr Brüder!  
Reicht Euch die Hände zum Kampf für Wohlstand, Wahrheit und Licht!  
Vorwärts zum Siegel Nicht eher ruht eure Glieder,  
Bis Freiheit die Erde beherrscht und jegliche Kette zerbricht!

TAEFS

### Rückblick.

Wenn die Silvesterglocken erklingen, um dem alten Jahr  
den Abschiedsgruß zuzurufen, wenn man sich gegenseitig Glück  
im neuen Jahr, zu neuer Arbeit und zu neuen Kämpfen  
wünscht, ist es dem denkenden Menschen ein Bedürfnis, die  
Begebenheiten der hinter uns liegenden Zeit noch einmal im  
Geiste vorüberziehen zu lassen, um neue Kraft und neuen Mut  
aus dem Vergangenen zu schöpfen.

Von dem verfloffenen Jahre 1924 können wir sagen, daß  
es eines der ereignisvollsten der Nachkriegsjahre war. Die  
Auswirkungen der veränderten Politik der Herrschenden Deutsch-  
lands haben weiten Volksteilen gezeigt, daß es nicht gleich-  
gültig ist, wie die Männer in der Regierung eingestellt sind.  
Die Wirfungen der Ruhrbesetzung auf das deutsche Wirtschafts-  
leben, die gänzliche Vernichtung der deutschen Währung,  
brachte ungeheures Elend über unser Volk. Wieviel Grauen-  
volles diese Zeit über Tausende braver, fleißiger Menschen  
brachte, beweist das Versinken ganzer Volksschichten in die  
Rolle der Armegelempfänger, beweist die außerordentlich  
große Sterblichkeit in den Kreisen ehemals Wohlhabender.  
Die Inflationszeit ließ sehr viel Betriebe zusammenbrechen;

Irreguläre erreichen sollten. Wenn diese Pläne der Scharf-  
macher nicht ganz in Erfüllung gingen, dann verdanken wir  
dieses der Wachsamkeit der Arbeiterorganisationen.

Es gereicht der schaffenden Schicht des Volkes zur Ehre,  
daß trotz aegerer Ausbeutung alle Mattenfängerknustücke der  
Anhänger extremer politischer Parteien nicht verfangen.  
Wenn am 4. Mai die Reichstagswahlen ein günstigeres Er-  
gebnis zeitigten für Extremisten, so darf man nicht vergessen,  
daß auch der Gedanke der Erfüllungspolitik sich erst umsetzen  
mußte in die Gehirne der Menschen, daß aus der Idee erst  
eine Tat werden mußte. Das Resultat der Wahl konnte  
nicht anders ausfallen, weil ein jeder psychologisch geschulter  
Mensch an der Möglichkeit einer Aufwärtsentwicklung der  
Menschheit verzweifeln mußte, wenn solch gewaltige Episoden  
wie die wirtschaftliche Vernichtung breiter Volksschichten nicht  
ein Echo auslösten. Es war die Stimme, die ausrief: Wir  
wollen aus der Verzweiflung heraus, wir wollen wieder  
schaffen. Daß der Weg über den Radikalismus, der eine ge-  
fährliche Einstellung zu den Problemen bedeutet, verfehrt  
ist, versteht sich von selbst. Ein Pendeln zu den Linken und  
rechten Extremen bedeutete, daß jede Verständigung mit den  
Siegesstaaten unmöglich wurde. Der Appell an die Vernunft  
inn eine Wendung. Der Dawesplan wurde an-  
und dem deutschen Volke ein nochmaliges Ab-  
er Abgrund der Inflation erspart. Jetzt erst  
ngsam eine Gesundung.

ie wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebietes ist  
Wirtschaft die Grundlage wiedergegeben. Die  
der Frage der militärischen Entfesselung, die  
Reparationszahlungen waren Notwendigkeiten.  
nanche Institution sich unter die Kontrolle beugen  
des muß getan werden, um die Kriegsfolgen zu  
ber man sollte nie verkümmern, zu sagen, was  
väre, wenn keine Verständigung erfolgt wäre.  
eutschlands Regierung über die Gebiete, die unter  
schaft besetzt wurden, wirtschaftlich verfügen, hin-  
blehnung des Dawesplanes weitere Sanktionen  
gewesen wären und dem Separatismus neue  
n gegeben wurden, die Rheinlande und Bayern  
Loszulösen. Verkümmern sollte man auch nicht, daß  
in in der Hand des Reiches bleibt und später  
Reichseigentum werden kann. Voraussetzung ist  
g der Forderungen aus dem Sachverständigen-  
gutachten. Da alle Friedensverträge nur als vorläufig zu  
betrachten sind, sind Erleichterungen im Laufe der Jahre bei  
planmäßiger Fortsetzung der Verständigung über die Erfüllung  
sehr wahrscheinlich.

Als die Auflösung des Reichstages erfolgte, ging ein  
Aufatmen durch weite Kreise unseres Volkes. Am Wahltag

zeigte sich dann ein Abwenden von den Dingen, die mit  
wildem Gebärden von Revanche schreien, und auch jene be-  
kamen die Duldung, die gegen die Leiden des Volkes die  
Weltrevolution und die Diktatur des Proletariats empfahlen.  
Damit ist bewiesen, daß das deutsche Volk gewillt ist, mit  
seinen Nachbarn und mit allen andern Völkern in Frieden  
zu leben.

Das erfreulichste Moment in unserm Jahresrückblick ist,  
daß auch in der Gewerkschaftsbewegung der Aufstieg unver-  
kennbar ist. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerk-  
schaften kehrt wieder, die Zahl der Mitglieder ist im Steigen.  
Die ungeheure Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe, die schon  
frühzeitig 1923 eingeseht hatte, ließ auch zu Beginn des ver-  
floffenen Jahres infolge des anhaltenden harten Winters  
nicht nach, und noch Ende Januar waren gegen 24 000 Mit-  
glieder arbeitslos. Da sich die Anzeichen einer besseren  
Konjunktur für das Malergewerbe bemerkbar machten, war  
es die Hauptaufgabe des Verbandsvorstandes, mit aller  
Energie auf den inneren Aus- und Aufbau des Verbandes  
Bedacht zu nehmen, den gesamten Organisationsapparat  
darauf einzustellen, damit bei Wiederaufnahme der Arbeit  
auch der Organisationspflicht allerwärts entsprochen werden  
konnte. In sämtlichen Filialen und zahlreichen Zahlstellen  
wurde von unsern Bezirksleitungen aus frühzeitig und plan-  
mäßig über den Stand der Organisation Kenntnis genommen  
und alle notwendigen agitatorischen und organisatorischen  
Vorarbeiten eingeleitet. Und das war von großem Wert;  
denn schon im Februar begannen die großen Kämpfe in der  
Industrie um die Erhaltung des Achtstundentages und um  
bessere Lohnerhöhung, und später in den Seeschiffswerften,  
durch die viele unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen  
wurden.

Die im Frühjahr eingetretene allgemein günstige Geschäfts-  
lage, die zum Teil bis gegen Jahreschluß anhielt und vieler-  
orts über Gehilfenmangel geklagt wurde, unterstützte wesentlich  
die getroffenen Maßnahmen zum Neuaufbau. Der notwendige  
finanzielle Aufbau erforderte eine geregelte höhere Beitrags-  
leistung, die seit April in Kraft trat. Der Frage einer regel-  
mäßigen Hauskassierung wurde in allen Filialen näher  
getreten. Unsere Presse konnte wieder in gewohnter Weise  
herausgegeben werden, wodurch die fortlaufend gepflegte  
Agitationsarbeit in unsern Filialverwaltungen eine kräftige  
Unterstützung fand und so manche für das Wohl und Wehe  
unserer Verbandsmitglieder wichtige Frage, die bisher zurück-  
gestellt werden mußte, wieder in Angriff genommen werden  
konnte. Die Ende Februar stattgefundenen Verhandlungen  
wegen eines neuen Reichstarifsvertrages führten zu keinem  
abschließenden Resultat; es blieb der bisherige Vertrag mit  
dem Achtstundentag bestehen. Durch einen Entscheid des Haupt-

2 D 536

vergriffen

Titel und Inhaltsverzeichnis nicht erschienen.

Jahrgang 39: 1925 mit Nr. 53 abgeschlossen.

Erscheinen eingestellt.

De. 27. 8. 26.

Die A 7 ZE 10 VII 26 + 2000

Bedrängnis der deutschen Arbeiterschaft sich vollzog. Unsere  
gewerkschaftlichen Organisationen hatten große Mühe, das  
gänzliche Verelenden der Arbeiterklasse zu verhindern. Sollte  
doch die Steigerung der Produktion lediglich dadurch ge-  
lingen, daß der Zehnstundentag eingeführt wurde und die  
Löhne trotz großer Preissteigerungen nicht einmal die Vor-



# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er scheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 25, Klaus-Groth-Straße 1, 1. Stock  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11698

## Zum neuen Jahre!

Alljährlich begrüßt sich die Menschheit am ersten Januertage  
Lauter als sonst mit hoffend fröhlichem Blick;  
Jeder wünscht freudig dem andern, daß alle Ungunst und Plage,  
Die ihn und die Seinen beschwert, nimmer kehre zurück.  
Und der Genosse drückt dem Genossen die Hände,  
Männer von Werkstatt und Bau, aus der Fabrik und dem Schacht  
Wünschen von Herzen, daß endlich das neue Jahr spende  
Bessere Zeiten von Frieden und Eintracht umfacht!  
Und man wünscht, daß der Freiheit hell strahlende Rote  
Endlich leuchte den Armen, dem darbedenden Menschengeschlecht,  
Daß im Orkus verschwinden alle Kengste und Nöte,  
Daß endlich auf Erden gelte nur noch rein menschliches Recht.

Alles was recht ist: Ich will diesem Brauche nicht scheitern,  
Hoffen und Wünschen verschönt vielfach den menschlichen Pfad;  
Doch unter uns allen, die vorwärts streben, muß gelten:  
Besser als wünschen und hoffen ist die erlösende Tat!  
Nur durch rastloses Wirken und Schaffen könnt ihr erringen  
Euer menschliches Recht, könnt ihr beenden die Pein;  
Nur die kraftvolle Tat verbürgt ein gutes Vollbringen,  
Nur durch eifriges Streben könnt ihr die Arbeit befrein!  
Drum vorwärts zur Tat! Frisch auf, dem Feinde entgegen!  
Rüttelt die Schlafenden wach, gebt auf die Strauchelnden acht!  
Schließt Euch zusammen zum Streit! Laßt alle Kräfte sich regen!  
Nur durch Organisation schafft ihr Euch Einfluß und Macht!

So soll es sein im neuen Jahre, Ihr Brüder!  
Reicht Euch die Hände zum Kampf für Wohltand, Wahrheit und Licht!  
Vorwärts zum Siegel Nicht eher ruht eure Glieder,  
Bis Freiheit die Erde beherrscht und jegliche Kette zerbricht!

TREPS

### Rückblick.

Wenn die Silvesterglocken erklingen, um dem alten Jahre  
den Abschiedsgruß zuzurufen, wenn man sich gegenseitig Glück  
im neuen Jahr, zu neuer Arbeit und zu neuen Kämpfen  
wünscht, ist es dem denkenden Menschen ein Bedürfnis, die  
Begebenheiten der hinter uns liegenden Zeit noch einmal im  
Geiste vorüberziehen zu lassen, um neue Kraft und neuen Mut  
aus dem Vergangenen zu schöpfen.  
Von dem verflohenen Jahre 1924 können wir sagen, daß  
es eines der ereignisvollsten der Nachkriegsjahre war. Die  
Auswirkungen der verkehrten Politik der Herrschenden Deutsch-  
lands haben weiten Volkskreisen gezeigt, daß es nicht gleich-  
gültig ist, wie die Männer in der Regierung eingestellt sind.  
Die Wirrungen der Ruhrbesetzung auf das deutsche Wirtschafts-  
leben, die gänzliche Vernichtung der deutschen Währung,  
brachte ungeheures Leid über unser Volk. Wieviel Grauen-  
volles diese Zeit über Tausende braver, fleißiger Menschen  
brachte, beweist das Versinken ganzer Volksschichten in die  
Rolle der Armengelempfänger, beweist die außerordentlich  
große Sterblichkeit in den Kreisen ehemals Wohlhabender.  
Die Inflationszeit ließ sehr viel Betriebe zusammenbrechen;  
der Abbau von Arbeitern, Angestellten und Beamten in Privat-  
betrieben, bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden  
brachte unerhört viel Not und Herzeleid über Tausende von  
Familien. Das Kapitel Abbau von arbeitsfähigen Männern  
aller Altersgrade ist eines der größten Ereignisse des Jahres  
1924 gewesen.  
Die Stabilisierung des deutschen Geldes am Ende des  
Jahres 1923 war für die Kriegs- und Inflationsgewinnler  
der Zeitpunkt, an dem ihre Tätigkeit aufhörte. Außer den  
Betrieben aber, die auf der Inflationsbasis beruhten, kamen  
auch andere Industriebetriebe und Geschäftshäuser in Schwierig-  
keiten. Diese Leute „büßten“ die Fehler der deutschen Finanz-  
männer, indem sie ihre Arbeitskräfte entließen, um, wie sie  
sagten: die Produktion zu heben. Die im Betriebe Ver-  
bleibenden waren dann gezwungen, unter dem Hinweis auf  
die Reservearmee an Arbeitskräften, eine Verlängerung der  
Arbeitszeit in den Kauf zu nehmen.  
Wenn wir im Laufe des verflohenen Jahres eine lang-  
same und stetige Besserung der deutschen Wirtschaftslage zu  
verzeichnen haben, dann sollte man aber niemals vergessen,  
daß diese Besserung unter unerhörten Leiden und schwerster  
Bedrängnis der deutschen Arbeiterschaft sich vollzog. Unsere  
gewerkschaftlichen Organisationen hatten große Mühe, das  
gänzliche Verelenden der Arbeiterklasse zu verhindern. Sollte  
doch die Steigerung der Produktion lediglich dadurch ge-  
lingen, daß der Feiertag eingeführt wurde und die  
Löhne trotz großer Preissteigerungen nicht einmal die Vor-

erlegshöhe erreichen sollten. Wenn diese Pläne der Scharf-  
macher nicht ganz in Erfüllung gingen, dann verdanken wir  
dieses der Wachsamkeit der Arbeiterorganisationen.  
Es gereicht der schaffenden Schicht des Volkes zur Ehre,  
daß trotz erger Ausbeutung alle Haltenfängererkennungs-  
Anhänger extremer politischer Parteien nicht verfangen.  
Wenn am 4. Mai die Reichstagswahlen ein günstigeres Er-  
gebnis zeitigten für Extremisten, so darf man nicht vergessen,  
daß auch der Gedanke der Erfüllungspolitik sich erst umsetzen  
mußte in die Gehirne der Menschen, daß aus der Idee erst  
eine Tat werden mußte. Das Resultat der Wahl konnte  
nicht anders ausfallen, weil ein jeder psychologisch geschulter  
Mensch an der Möglichkeit einer Aufwärtsentwicklung der  
Menschheit verzweifeln mußte, wenn solche gewaltige Episoden  
wie die wirtschaftliche Vernichtung breiter Volksschichten nicht  
ein Echo auslösten. Es war die Stimme, die ausrief: Wir  
wollen aus der Verzweiflung heraus, wir wollen wieder  
schaffen. Daß der Weg über den Radikalismus, der eine ge-  
fährliche Einstellung zu den Problemen bedeutet, verkehrt  
ist, versteht sich von selbst. Ein Pendeln zu den linken und  
rechten Extremen bedeutete, daß jede Verständigung mit den  
Siegerstaaten unmöglich wurde. Der Appell an die Vernunft  
brachte ja dann eine Wendung. Der Dawesplan wurde an-  
genommen und dem deutschen Volke ein nochmaliges Ab-  
gleiten in den Abgrund der Inflation erspart. Jetzt erst  
zeigte sich langsam eine Gesundung.  
Durch die wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebietes ist  
der deutschen Wirtschaft die Grundlage wiedergegeben. Die  
Regelung in der Frage der militärischen Entsetzung, die  
Lösung der Reparationszahlungen waren Notwendigkeiten.  
Gewiß hat manche Institution sich unter die Kontrolle beugen  
müssen, manches muß getan werden, um die Kriegsfolgen zu  
mildern. Aber man sollte nie verjäumen, zu sagen, was  
entstanden wäre, wenn keine Verständigung erfolgt wäre.  
Jetzt kann Deutschlands Regierung über die Gebiete, die unter  
Cunos Herrschaft besetzt wurden, wirtschaftlich verfügen, hin-  
gegen bei Ablehnung des Dawesplanes weitere Sanktionen  
die Folge gewesen wären und dem Separatismus neue  
Möglichkeiten gegeben wurden, die Rheinlande und Bayern  
vom Reiche loszulösen. Verkennen sollte man auch nicht, daß  
die Eisenbahn in der Hand des Reiches bleibt und später  
auch wieder Reichseigentum werden kann. Voraussetzung ist  
die Erfüllung der Forderungen aus dem Sachverständigen-  
gutachten. Da alle Friedensverträge nur als vorläufig zu  
betrachten sind, sind Erleichterungen im Laufe der Jahre bei  
planmäßiger Fortsetzung der Verständigung über die Erfüllung  
sehr wahrscheinlich.  
Als die Auflösung des Reichstages erfolgte, ging ein  
Aufatmen durch weite Kreise unseres Volkes. Am Wahltag

zeigte sich dann ein Abwenden von den Reuten, die mit  
wilden Gebärden von Revanche schreien, und auch jene be-  
kamen die Quittung, die gegen die Leiden des Volkes die  
Weltrevolution und die Diktatur des Proletariats empfahlen.  
Damit ist hervorgehoben, daß das deutsche Volk gewillt ist, mit  
seinen Nachbarn und mit allen anderen Völkern in Frieden  
zu leben.  
Das erfreulichste Moment in unserm Jahresrückblick ist,  
daß auch in der Gewerkschaftsbewegung der Aufstieg unver-  
kennbar ist. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerk-  
schaften lehrt wieder, die Zahl der Mitglieder ist im Steigen.  
Die ungeheure Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe, die schon  
frühzeitig 1923 eingesetzt hatte, ließ auch zu Beginn des ver-  
flohenen Jahres infolge des anhaltenden harten Winters  
nicht nach, und noch Ende Januar waren gegen 24 000 Mit-  
glieder arbeitslos. Da sich die Anzeichen einer besseren  
Konjunktur für das Malergewerbe bemerkbar machten, war  
es die Hauptaufgabe des Verbandsvorstandes, mit aller  
Energie auf den innern Aus- und Aufbau des Verbandes  
Bedacht zu nehmen, den gesamten Organisationsapparat  
darauf einzustellen, damit bei Wiederaufnahme der Arbeit  
auch der Organisationspflicht allerwärts entsprochen werden  
konnte. In sämtlichen Filialen und zahlreichen Zahlstellen  
wurde von unsern Bezirksleitungen aus frühzeitig und plan-  
mäßig über den Stand der Organisation Kenntnis genommen  
und alle notwendigen agitatorischen und organisatorischen  
Vorarbeiten eingeleitet. Und das war von großem Wert;  
denn schon im Februar begannen die großen Kämpfe in der  
Industrie um die Erhaltung des Achtstundentages und um  
bessere Lohnerhöhung, und später in den Seeschiffswerften,  
durch die viele unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen  
wurden.  
Die im Frühjahr eingetretene allgemein günstige Geschäfts-  
lage, die zum Teil bis gegen Jahreschluß anhielt und vieler-  
orts über Gehilfenmangel geklagt wurde, unterstützte wesentlich  
die getroffenen Maßnahmen zum Neuaufbau. Der notwendige  
finanzielle Aufbau erforderte eine geregelte höhere Beitrags-  
leistung, die seit April in Kraft trat. Der Frage einer regel-  
mäßigen Hauskassierung wurde in allen Filialen näher  
getreten. Unsere Presse konnte wieder in gewohnter Weise  
herausgegeben werden, wodurch die fortlaufend gepflegte  
Agitationsarbeit in unsern Filialverwaltungen eine kräftige  
Unterstützung fand und so manche für das Wohl und Wehe  
unserer Verbandsmitglieder wichtige Frage, die bisher zurück-  
gestellt werden mußte, wieder in Angriff genommen werden  
konnte. Die Ende Februar stattgefundenen Verhandlungen  
wegen eines neuen Reichstarifsvertrages führten zu keinem  
abschließenden Resultat; es blieb der bisherige Vertrag mit  
dem Achtstundentag bestehen. Durch einen Entscheid des Haupt-

tarifsaumtes im April erfolgten die späteren Lohnverhandlungen wieder auf zentralem Wege. Zweimal tagte im Laufe des Jahres unser Beirat, der einmütig alle Maßnahmen des Verbandsvorstandes anerkannte und auf seiner 2. Tagung beschloß, daß die ihm unterbreitete Vorlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom Dezember ab zur Ausführung gelangt.

Eine gewaltige Jahresarbeit im Rahmen unseres Verbandes liegt vor uns. Sie konnte nur durchgeführt werden durch die freudige Mitarbeit vieler Kollegen. Ihnen dafür den wohlverdienten Dank auszusprechen ist für uns Bedürfnis.

Wohl wäre das Ergebnis ein noch besseres, wenn durchwegs der feste Wille bei allen Mitgliedern vorhanden gewesen wäre, alle Kräfte für die Stärkung des Verbandes einzusetzen, wenn das Pflichtgefühl der Organisation gegenüber stärker ausgeprägt wäre, wenn wir von manchem unheuchelbaren Streit in den eigenen Reihen verschont geblieben wären. Es muß daher bei diesen Kollegen die Ueberzeugung sich festigen: Schon durch die Anstrengungen, die Wirtschaftslage der Arbeiter zu heben, erfüllen wir eine Vorbedingung zur Führung des Klassenkampfes. Klassenkampf kann nicht erzeugt werden, sondern ist das Ergebnis aus dem Bestehen der Gesellschaftsklassen, die sich auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufbauen.

Die Verbesserung unserer Berufsfrage ist auch ein Stück Klassenkampf, der sich abspielt zwischen dem Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft. Diese Erkenntnis in weiteste Kreise unserer Berufskollegen hineinzubringen, ist die Hauptaufgabe unserer Mitglieder. Wir leisten ein Stück Kulturarbeit, wenn wir unsere Kollegen aufklären. Die wirtschaftliche und geistige Hebung der schaffenden Volksschicht führt zur Lebenshöhe für die Gesamtheit. Die Steigerung der Kaufkraft der Massen bedeutet Hebung der Produktion und somit Ueberwindung des Massenelends, das infolge der Einschränkung der Produktion entstanden ist.

Darum muß im neuen Jahr unser Lösungswort sein: Alle Kollegen hinein in die Organisation, damit es weiter vorwärts und aufwärts geht!

### Winterarbeit für das Malergewerbe.

In Nr. 49 des „Maler“ haben wir im Zusammenhang mit der Darstellung gleichartiger Bemühungen in Amerika auf unsere seit vielen Jahren unternommenen Bestrebungen für die Schaffung von Winterarbeit hingewiesen. Wir wiederholten in der Einleitung eines größeren Artikels über „W a u - Winterarbeit“ kurz die wesentlichen Tatsachen, die mit ganz geringen Einschränkungen Malerarbeiten im Winter möglich machen, ja ihre Herstellung in dieser Zeit oft sogar als besonders rasch erscheinen lassen. Nun läßt sich jetzt schon feststellen, daß die Tätigkeit unserer Bezirksleitungen und Filialen auf diesem Gebiete in diesem Jahre bei den Bauernachwuchern größeres Verständnis als vielfach in früheren Jahren findet. Demals haben zum Beispiel gewisse Arbeitgebergruppen in internen Rundschreiben an ihre Ortsverbände von einer solchen Zusammenarbeit mit unserm Verbandsabgeordneten, weil wir eventuell Vorteil davon haben könnten. Aber auch die Auftraggeber sind jetzt zugänglicher. Allerdings mag die bessere Arbeitsgelegenheit auch mit an den günstigen Förderungsverhältnissen liegen, trotzdem sind die mehrfach erwähnten Erfolge ganz trappierend.

Verichteten wir in dem oben angegebenen Artikel von einem gemeinsamen Aufruf der Bremer Malerinnung und unserer Filialverwaltung, so wird uns jetzt dazu mitgeteilt, daß das dortige Arbeitsamt seine erst gebotene Absicht, eine gleiche Maß zu ergreifen, um die eingeleitete Aktion zu unterstützen, zurückzieht, weil der erste Aufruf eine so gute Wirkung gehabt habe, daß der Arbeitsnachweis bei weiteren Vorstößen nicht in der Lage wäre, die erforderlichen Fach-

arbeiter zu stellen. Sollte sich das ändern, so würde erneut vorgegangen.

In Bayern ist auf die Anregung unserer Bezirksleitung mit der Verbandsleitung der Arbeitgeber ein Uebereinkommen getroffen, nach dem eine großzügige Propaganda durchgeführt werden soll. Den Anfang soll ein Gesandtschaftsbesuch in sämtlichen Tageszeitungen und im Organ der Bauberufsgenossenschaft erscheinen wird. Dann sollen Werbeschreiben an die Behörden, die Hausbesitzervereine, Wohnungsgenossenschaften usw. folgen. In der „Süddeutschen Malerzeitung“ wird eine Eingabe abgedruckt werden, damit auch in den kleineren Städten in gleicher Weise vorgegangen wird; auch mit Inseraten soll gearbeitet werden. In den ersten Tagen besucht eine Kommission die maßgebenden Behörden und sonstigen Interessenten. Die Arbeitgeber werden ihre Auftraggeber mit Werbeschreiben versehen, und auch Referate in den Hausbesitzervereinen sind in Erwägung gezogen worden.

Natürlich erfordert solche Tätigkeit auch Kosten. Da diese aber für beide Teile bei eifriger Arbeit auch große Vorteile bringt, dürfte diese Frage leicht zu lösen sein. Unsere Filialen und Bezirksleitungen werden sich sicher auch hierbei soweit als irgend möglich praktisch mitwirken.

Nachfolgend drucken wir eine Eingabe ab, die von den Bezirksverbänden der Arbeitgeber des Freistaates Sachsen (Sitz Dresden), Mitteldeutschlands (Sitz Halle) und unserer Bezirksleitung für diese drei Gebiete, sehr gut ausgestattet, an alle Reichs-, Landes- und Stadtbehörden, Privatinstanzen und sonstige Grundstücksbesitzer abgegangen ist. Die Eingabe lautet wie folgt:

Ausführung von Maler- und Anstreicherarbeiten auch in der kälteren Jahreszeit. Das Maler- und Anstreichergewerbe hat die Eigenart, daß im Sommer nicht Kräfte genug zur sachgemäßen Ausführung der vorliegenden Arbeiten vorhanden sind, während es im Winter in der Regel unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden hat, ein Zustand, der äußerst schlimme Folgen für die Berufsangehörigen im Winter auslöst, was aber auch nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen kann.

Seit langem bemühen sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen gemeinsam, diesem ungesunden Zustand durch Hinwirkung auf möglichst Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr abzuwehren. Wenn bisher der Erfolg nur ein geringer war, so deshalb, weil auch heute noch nicht nur bei Laien, sondern auch zum Teil bei Baufachleuten die ganz irrtümliche Meinung besteht, daß Maler- und Anstreicherarbeiten bei kälterer Jahreszeit nicht ausgeführt werden könnten. „Im Winter trocknet doch keine Farbe“, das ist vielfach das Argument, das unsern Bestrebungen entgegengehalten wird. Selbstverständlich können äußere Arbeiten bei Schnee und großer Kälte nicht gemacht werden. Dagegen lassen sich alle Arbeiten in geschlossenen Gebäuden, besonders bei dem jetzigen Stande der Licht- und Heiztechnik, im Winter ebensogut wie im Sommer ausführen. Im Gegenteil: Jeder Fachmann weiß, daß das allzu schnelle Winden (Trocknen) der Öl- und Lackfarben bei heißer Witterung weniger ein inniges Verbinden mit dem Untergrund ermöglicht, als wenn die Farben nicht zu schnell trocken werden.

Im letzteren Falle entstehen daher mindestens ebenso gute, wenn nicht noch haltbarere Anstriche. Weiter kommt noch der Umstand hinzu, daß im Winter genügend gelernte Facharbeiter zur Verfügung stehen und damit die Garantie für pünktliche und sachgemäße Herstellung der Arbeiten gegeben, während im Sommer ohne Hilfskräfte nicht auszukommen ist.

Auch in diesem verflochtenen Sommer mußte die Ausführung mancher Arbeit wegen Mangels an Arbeitskräften unterbleiben. Im kommenden Jahre dürfte das noch mehr in Erscheinung treten, zumal wenn die Wohnungsneubautätigkeit hinzukommt. Denn während der Kriegs- und Inflationszeit sind nur die allernötigsten Arbeiten gemacht, alles andere zurückgestellt worden. Es befinden sich daher — vom äußeren Verfall der Gebäude ganz abgesehen — heute noch die meisten Wohnungen, Treppenhäuser, Bureaus, Geschäfts- und sonstige Aufenthaltsräume

in einem Zustande der Verwahrlosung, der schon lange eine Gefahr für die Volksgesundheit bildet. Was sich im Laufe von 10 Jahren für Schmutz und Staub an für die Beseitigung unzugänglicher Stellen festgesetzt, was sich selbst bei peinlichster Sauberkeit in den Ritzen des Mauerwerks, unter den Tapeten, in den Fugen der Holzbelleidungen und Fußböden für Angeleser einnistet, das wissen am besten die zu beurteilen, die die Renovierungsarbeiten vorzunehmen haben. Wiederholt ist schon von Ärzten darauf hingewiesen worden, daß Infektionskrankheiten ihre Ursache in den vernachlässigten Wohnungen haben.

Es ist daher ganz natürlich, daß die Ausführung aller dieser Arbeiten immer dringender wird und mit Bestimmtheit darauf zu rechnen ist, daß infolge der hoffentlich immer mehr fortschreitenden Stabilisierung unserer Wirtschaft im kommenden Jahre, wie bereits in diesem, überreichlich Arbeitsaufträge vorliegen werden.

Damit sich die Arbeiten nicht auf eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne zusammenbrängen, gestatten wir uns, an Sie die höfliche Bitte zu richten, bereits jetzt Bestellungen notwendiger Arbeiten aufzugeben und diese möglichst im Winterhalbjahr ausführen zu lassen. Sie sichern sich dadurch pünktliche und sachgemäße Herstellung und helfen mit, die Arbeitslosigkeit im Winter einzudämmen, was gleichzeitig im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Die Angehörigen des Maler- und Anstreichergewerbes würden Ihnen bei Berücksichtigung Ihrer Bitte recht dankbar sein.

Wie uns berichtet wird, ist auch in Württemberg und Baden auf die Anregung unserer Bezirksleitung hin ein ähnliches Vorgehen geplant. Man ist dort übereingekommen, durch die Presse und eine Eingabe an die Bauämter, Hausbesitzer, Mieter, Kurvereine usw. heranzutreten und auch die Privatkundschaft durch die Arbeitgeber mit diesem Schriftstück versehen zu lassen. Der Bauvorstand der Arbeitgeber für Baden hat bereits von sich aus eine ähnliche Zuschrift an die Ministerien und an die Landtagsabgeordneten gehen lassen. Auch in Württemberg wird ebenso vorgegangen werden.

Sehr wirksam ist eine Annonce, die in großem Format in den Hamburger Tageszeitungen erschienen ist. Sie lautet wie folgt:

### Malerarbeiten im Winter

ausführen zu lassen, dazu fehlt in weiten Kreisen teilweise die Neigung. Man glaubt, es sei vorteilhafter, solche Arbeiten in die warme Jahreszeit zu verlegen. Das ist ein großer Irrtum.

Bei Arbeiten in Innenräumen haben die klimatischen Verhältnisse überhaupt keinen Einfluß. Außenarbeiten, besonders mit Deckfarben, bei kühler Temperatur ausgeführt, sind erfahrungsgemäß dauerhafter und dem Wetterwechsel widerstandsfähiger als solche, die unter Sonnenhitze ausgeführt werden.

Die Betriebe und die Arbeitskräfte sind in den Wintermonaten nicht überlastet wie im Sommer. Es ist daher für sorgfältige Arbeit die allerbeste Gewähr gegeben.

### Sprechen Sie mit Ihrem Malermeister!

Verband der Maler und Lackierer Hamburg (Gehilfenverband).

Th. Lonn.  
Maler- und Lackierer-Zunng zu Hamburg.  
Janen.

Wir hoffen, daß in allen Bezirken und Orten in gleicher Weise mit Eifer und mit dem erforderlichen Eifer vorgegangen wird. Gleichgültigkeit oder gar Widerstand aus Unverständnis oder kleinlichen Erwägungen wäre hier, wo es sich um die Bekämpfung alter, längst überholter Vorurteile handelt, gar nicht zu verzeihen.

### Gewerkschaftskampf vor 100 Jahren.

Der Kampf des arbeitenden Volkes um sein wirtschaftliches Recht hat in Deutschland noch keine lange Geschichte. Die eigentlichen Anfänge dieser Geschichte finden wir erst in den Jahren vor 1848, doch hat die folgende Revolution auch diese Anfänge vielfach wieder aufgelöst. Anders in England. Dort finden wir die Vorgeschichte einer weiteren Bewegung. Und gerade die Zeit vor 100 Jahren enthält dort das bedeutendste Geschlossen jenes organisierten Kampfes.

Weniger Zeit um 1824/25 war die Periode vorausgegangen, die unter dem Einfluß des berühmten Nationalökonom John Smith stand. Smith hatte in seinem „Lehrbuch der Nationalökonomie“ die Lehre von der wirtschaftlichen Freiheit vorgetragen, und dieser Grundgedanke der Freiheit forderte, daß der Auffassung der damaligen Welt die Beschränkung eines Wirtschafters, die imstande waren, sie zu be-  
schleunigen. Der Folge dieser geringen Einstellung war es, daß sich die Arbeiter, die an dem einen Ende der Verbindung waren, und für sich selbst erklärten, die Zusammenhänge der Arbeiter mit dem Unternehmer. Während jedoch für die Arbeiter der Unternehmer nur mit geringem Geld bestraft werden konnte. Eine weitere Erwähnung bezieht sich auf die Arbeiter, die die Folgeerscheinungen des Niederganges von 1818. Jeder brachte der Friebe eine Verabreichung der Strafe, doch nicht zugleich eine außerordentliche Erhöhung der Löhne.

In dieser schweren Bedrängung ermahnen den Arbeitern aber selber in den Personen des früheren Schneidewerkschäftlers, der sein Geschäft seinem Sohne übergab, was für den Arbeiterklasse leben zu können, und des Verla-

mentenmitglied des Geme. Beide setzten in den Jahren 1824/25 die Aufhebung der ganzen Serie von Gesetzen gegen die Arbeiterverbindungen durch, wodurch diese Zeit, gerade vor 100 Jahren, zur bedeutendsten für die Arbeiterbewegung in jener ganzen ersten Periode der Gewerkschaftsbewegung wurde.

Eine Art von Verbindung unter Arbeitern wurde allerdings schon früher stillschweigend gebildet, der Zusammenschluß zur Durchführung von bestehenden Gesetzen, doch waren Arbeiterverbindungen, die selbständige Bestimmungen der Löhne und Arbeitsbedingungen erstrebten, streng verboten. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß zum Erämpfen besserer Löhne und Arbeitsbedingungen galt als politisches Verbrechen und wurde als solches bestraft, während ein Zusammenschluß der Unternehmer nur als industrielles Vergehen angesehen und dementsprechend milde mit Strafe angebroht wurde.

Es ist bezeichnend für den starken Drang nach organisatorischem Zusammenschluß, daß die Arbeiter schon damals in jenem ersten industriellen Werden solche Versammlungen im Interesse ihrer Kampfgemeinschaft erduldeten. Tischler, Schuhmacher, Eisenschmiede wurden wegen verbotener Verbindung verfolgt. Fünf Buchdrucker wurden wegen „Verächtlichmachung“ verurteilt. Zehn Kattundrucker erhielten wegen ihrer gewerkschaftlichen Zusammenkunft 3 Monate Gefängnis. Auch eine ganze Anzahl Baumwollspinner wurden zu Gefängnis verurteilt, weil sie sich organisiert hatten. Nur von einer Verurteilung der Unternehmer merkte man nichts, obwohl auch da Verbindungen bestanden.

Aber jene Jahre der Unterdrückung des Organisationsgedankens vor dem historischen Jahre 1825 waren zugleich

Jahre, die die solidarische Treue der Arbeiterschaft so recht erstrahlen ließen. Die einen unterstützten die andern, das eine Gewerbe das andere. In allen Rechnungslegungen der Organisationen jener Zeit, soweit sie uns erhalten sind, finden wir Eintragungen von Beiträgen, die zur Unterstützung von Kämpfen in andern Gewerben verwandt waren. Ein Gedanke, der heute selbst den Unternehmern begreiflich ist, jedoch vom Unternehmertum damals nicht verstanden wurde. Daß die Londoner Schneider den Webern in Glasgow, oder daß die Goldschläger den Seilern Geld zu senden wagten, schien dem Mittelstande wie dem Unternehmertum geradezu ein Verbrechen.

Es ist das große Ereignis des Jahres 1825, daß dieser Verfolgung durch neue Gesetze ein Ende bereitet wurde. Zum ersten Male wurde in der Welt im englischen Gesetze vom Jahre 1825 das Recht des proletarischen Zusammenschlusses, das organisierte Recht auf Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen und auf Streit ausdrücklich öffentlich festgestellt, ein Ereignis, das der gewerkschaftlichen Bewegung damals einen großartigen Antrieb gab. Von einem „Fanatismus für Gewerkschaftsgründungen“ schrieb das „Sheffield Iris“ vom 12. Juli 1825. Und wenn das Jahr 1825 auch mit einer wirtschaftlichen Panik schloß, und wenn auch von 1825 bis 1829 ein wirtschaftlicher Tiefstand vorhanden war, und wenn auch noch Kämpfe über Kämpfe in der gewerkschaftlichen Entwicklung bestanden: das Jahr 1825 mit seiner offiziellen Anerkennung des lange erkämpften Rechts auf organisatorischen Zusammenschluß ist für die Gewerkschaftsbewegung ein historisches Jahr. Zu gewaltiger Höhe wuchs der Gedanke in diesem Jahrhundert. Das gesetzliche Recht ward in diesem Jahrhundert zur wirtschaftlichen und sittlichen Pflicht.  
Dr. Gustav Hoffmann.

### In sorgloser Malermeister.

Der Ortsarbeitsrat in Rißlingen kam ein Fall ungeschicklicher Bezahlung zur Verhandlung, der besser als Mittel die rührende Fürsorge der Meister dem Nachkommen der Gemeinde gegenüber beleuchtet. Zwei Gehilfen im Mai beziehungsweise August 1924 angelernt. Die Meister aber auch in diesem Falle der Meister die Gehilfen allmählich mit Hilfsarbeiten beschäftigt, denn sich auf die Bestimmung des Reichsarbeitsrates, daß der Lohn im Jahre nach Beendigung der Lehrzeit der freien Erlaubnis überlassen wird, zahlte er ihnen weniger als Lohn für über 20 Jahre alte Gehilfen. Aber der Meister sieht vor, daß von solchen Vereinbarungen zwischen Meister und Junggehilfen der erstere Meldung an das Amt zu machen hat. Dieses hat im vorliegenden der Meister unterlassen. Wie er in der Sitzung des Rates erklärte, nahm er an, daß die beiden Junggehilfen noch nicht gewerkschaftlich organisiert seien, und nur nicht in die Arme des Verbandes zu treiben dieser Verband, der doch nur schlechte Menschen erzieht. Die habe er dem Ortsarbeitsrat keine Meldung gemacht. Undankbaren Gehilfen, die nicht einsehen wollen, wie hoch die Meister stets mit ihnen vorhaben!

er es kommt noch besser! Nach den Aussagen des Meisters hatte er schon Donnerstags keine Arbeit mehr, bis heute aber beschäftigt er die beiden Junggehilfen und wenn die Klage nicht gekommen wäre, dann hätte er eventuell noch weiter mit Hilfsarbeiten beschäftigt. Uns scheint es, als wenn der Meister auch weiter für die Junggehilfen gehabt hätte, aber nur, wenn sie arbeiteten. In diesem Fall hätte der Meister beide Gehilfen selbst in ihrem Handwerk ausgebildet. Er selbst also in der Hand, sich tüchtige Fachgewerbetler heranzubilden. Aber es zeigt sich immer wieder, daß die Lehrzeit oft verläuft. Das sind aber meistens auch die, die von dem Mitbestimmungs- und Mitbestimmungsrecht in Lehrlingsfragen nichts wissen wollen. Das kann, wie nicht anders zu erwarten, zu einer Verletzung des Meisters.

Im folgenden den Wortlaut der Niederschrift über die Verhandlungen vor dem Ortsarbeitsrat

Der erschienene Beklagte brachte vor: Er habe die Meldung deshalb erst vor 14 Tagen eingereicht, weil diesem Zeitpunkt erfahren habe, daß die Klage nicht ist. Da er bisher das Gegenteil angenommen habe, er vermeiden wollen, daß die Klage durch rechtzeitige Meldung in die Hände des Verbandes kommen werden. Der Vater des Klägers D. habe keine Zahlung verlangt und die Sache auch beim Verband nicht anhängen wollen, da er die Entlohnung als ausreichend erachtet habe. Die Klage seien nun entfallen. Am Donnerstag schon keine Arbeit mehr gehabt, der trotzdem noch bis Samstag gehalten. Wenn diese nicht gekommen wäre, hätte er schließlich Notstandsarbeiten gehabt. Die Lehrzeit sei am 24. Mai beziehungsweise 15. August zu Ende gewesen.

Obmann Müller erklärte, er habe die Meldung erst am 23. Oktober erhalten und sei dann der Sache nachgegangen. Kurz darauf sei dann der Vater des Klägers D. gekommen und habe die Sache zurücknehmen wollen, da er der Entlassung seines Sohnes gerechnet habe. Das er aber abgelehnt. Die Folge sei die Entlassung der beiden Gehilfen gewesen. Falls nicht Wiedereinstellung erfolgt, werde der Betrieb gesperrt. Seinen Antrag halte er für unzulässig.

Im Laufe der weiteren Verhandlung erkannte der Ortsarbeitsrat die Verpflichtung zur tariflichen Zahlung an die beiden D. und F. jeweils vom Zeitpunkt der Beendigung der Lehrverhältnisse bis zum 8. November 1924 an.

### Arbeiterchutz und Unfallverhütung im Baugewerbe.

Der Ausbau wie die Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes ist durch den Krieg, nach dessen Beendigung in besonderem Maße durch die ihm folgende Währungsverfallung schwer beeinträchtigt worden. Von einer Erhaltung der Betriebe war namentlich gegen Ende des Jahres sowohl in den industriellen Betrieben als in den Baustellen kaum noch etwas zu bemerken. In der Zeit haben sich diese Verhältnisse wieder gebessert. Es steht es außer Frage, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wie der Unfallverhütung zahlreiche Maßnahmen, deren Befähigung und Beseitigung dringend notwendig werden muß. Am deutlichsten geht die Verletzung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes aus der Zunahme der Unfallhäufigkeit hervor. Im Jahre 1919 hatte die jährliche Unfallziffer mit 628 gemeldeten Unfällen ihren tiefsten Stand erreicht. 22 dagegen wurden bereits wieder 637 370 Unfälle mit, die in 8497 Fällen den Tod des Verletzten nach sich zogen.

Die ähnliche Steigerung der Unfallhäufigkeit zeigt das Baugewerbe. Während im Jahre 1920 bei den Reichs-Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden 628 Unfälle zur Anmeldung gelangten, wovon 714 Verletzte, erhöhte sich diese Zahl nach dem Bericht des Reichsarbeitsrates für 1922 auf 58 090 Unfälle mit 10 233 Todesfällen. An den baugewerblichen Unfällen hat die Tiefbau-Berufsgenossenschaft mit 17 299 Unfällen, den 238 tödlich verlaufen, verhältnismäßig am stärksten beteiligt. Das geht auch bei einer Vergleichung der Unfallziffer mit der Zahl der Versicherten hervor. Bei den baugewerblichen Berufsgenossenschaften kommen auf je 1000 Versicherte 20,7, bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft 26,10 Unfälle, also über die doppelte Zahl. Diese Zahl ist nicht neu, sondern zieht sich durch die gesamte Unfallstatistik, seit in Deutschland eine Unfallversicherung eingeführt wurde. Die für das Baugewerbe im allgemeinen wie für die Tiefbauwesen im besonderen festgestellten außerordentlich hohen Unfallziffern, die zum Teil weit über die Unfallziffern der gewerblichen Berufsgenossenschaften hinausgehen, liefern den hinlänglichen Beweis dafür, wie un-

zureichend der Schutz der Bauarbeiter noch ist und wie viel hierin noch nachgeholt werden muß.

Bezeichnend für die Auffassung, von der aus das Unternehmertum diese Verhältnisse beurteilt, ist die Stellung der Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu der von den Gewerkschaften für das Deutsche Reich geforderten einheitlichen Gestaltung des Bauarbeiterschutzes. Das Reichsarbeitsministerium hat eine dahingehende Musterverordnung in Aussicht gestellt und den Länderregierungen einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Hierzu wurden von gewerkschaftlicher Seite verschiedene Änderungsanträge gestellt, deren allgemeine Durchführung als notwendig erschien. Diese betreffen unter anderem die Erweiterung der Verantwortlichkeit der Bauherren bei der Ausführung des Baues und der Schutzvorrichtungen, die Verwendung von nur gelernten Arbeitern beim Gerüstbau und der Erstellung der Schutzvorrichtungen, die Umrüstung der Bauten bei ihrer Hochführung, die Erhaltung der Außengerüste bis nach Fertigstellung der Dacharbeiten, den Schutz der beim Dachbau Beschäftigten, das Verbot offenen Koksfeuers, die Dichthaltung der Bauten in den Wintermonaten und die Mitwirkung von Baukontrolleuren bei der behördlichen Baubeaufsichtigung. Ueber den allgemeinen Charakter dieser Forderungen kann es keinen Streit geben, ebensowenig über die Notwendigkeit ihrer Durchführung. Das Bauunternehmertum will aber von einer Vereinfachung des Bauarbeiterschutzes nichts wissen, sondern das alte Durcheinander, wie es nach den vorhandenen Ländervorschriften über den Bauarbeiterschutz leider noch immer besteht, weiter aufrechterhalten. Nach einem von den Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu dem genannten Entwurf gestellten Antrage sollen für die Unfallverhütung keine weiteren Vorschriften zur Festsetzung gelangen, sondern lediglich die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaft gelten.

In ähnlicher Weise wurde von den Unternehmern der fittlich-sanitäre Schutz der Bauarbeiter behandelt. Neuerungen und zeitgemäße Änderungen nicht für notwendig erachtet. Dagegen forderten sie, daß die Betriebsräte (Baudelegierten), ferner die Baupolizei mit den Baukontrolleuren, also auch die Arbeiterkontrolleure als Organe der Berufsgenossenschaften zur Unterstützung ihrer technischen Aufsichtsbefugnisse dienen sollen. Diese Absicht kennzeichnet die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer, wie auch ihre Absichten. Nicht um die Förderung und die energische Durchführung des Arbeiterschutzes ist es ihnen zu tun, sondern um seine Abschwächung und Behinderung. Das würde ihnen auch gelingen, wenn sie die behördlichen Organe des Arbeiterschutzes in ihrer Hand hätten und diese sich ihren Anordnungen fügen müßten. Was die Unternehmer mit ihren Anträgen verfolgen, liegt klar vor Augen. Diese Anträge bedeuten eine Kampfanzeige und einen Protest gegen die gewerblichen Schutzforderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bauarbeiter. Ausgefochten wird dieser Kampf im Reichstag. Hierbei rechnen die Unternehmer wohl selbst nicht mit der Annahme ihrer Anträge, wohl aber darauf, mit ihrem Vorstoß die gewerkschaftlichen Anträge zu Fall zu bringen. Dann hätten sie, was sie wollen, es bliebe so ziemlich alles beim alten.

Das muß zu verhindern versucht werden dadurch, daß die Arbeiterschaft und ihre Betriebsvertretungen dem Arbeiterschutz wie der Unfallverhütung ein größeres Interesse zuwenden, mit Nachdruck die Beachtung und Durchführung der schutzgesetzlichen Vorschriften anstreben. Das ist nicht nur ihr Recht, sondern auch gesetzliche und sittliche Pflicht. Nach § 66 Biffer 8 des Betriebsrätegesetzes ist es Aufgabe der Betriebsräte — im Baugewerbe der Baudelegierten — auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerkschaftlichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken. In dieser Tätigkeit müssen die Baudelegierten aber eine möglichst weitgehende Unterstützung der Arbeiter selbst finden; denn ihr Leben und ihre Gesundheit soll dadurch geschützt werden. Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß der gesetzliche Arbeiterschutz nur lebensdauert und wirksam werden kann, wenn sie ihm selbst das Leben einhauchen, seine Durchführung erzwingen. Ohne eine entsprechende Mitwirkung der Arbeiter an der Durchführung der schutzgesetzlichen Bestimmungen bleiben auch die besten Schutzvorschriften gegenstandslos. Diese Mitwirkung der Arbeiter kann keine noch so vollkommene Aufsichts- und Kontrollorganisation ersetzen, ist diese doch für eine erfolgreiche Tätigkeit stets auf die Unterstützung der Arbeiter angewiesen und kann ihrer nicht entzogen. Nur aus der Zusammenarbeit der Arbeiter, ihrer Betriebsvertreter und der schutzgesetzlichen Aufsichtsorgane kann ein ausreichender Arbeiterschutz entstehen und damit zugleich ein Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften ausgeübt werden, der allen Widerständen des Unternehmertums entgegen den ausreichenden Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter sicherstellt.

### Aus unserm Beruf.

Emden. Die letzte Lohnfestsetzung durch das Haupttarifamt bildete die Ursache, daß unsere vorige Mitglieder-versammlung so außergewöhnlich gut besucht war. Die Kollegen waren empört darüber, daß unser Lohn jetzt 9,4 niedriger ist als der der übrigen Bauarbeiter. Obgleich unsere Unternehmer ihre Arbeiter mit dem Maurerlohn kalkuliert haben, lehnen sie es ab, mehr zu zahlen als das Haupttarifamt für Emden entschieden hat, und verweisen uns an unsere Verbandsleitung. Deshalb beschloßen die Kollegen einstimmig, baldigst eine neue Versammlung einzuberufen und zu dieser unsern Bezirksleiter einzuladen. Diese Versammlung fand nun am 18. Dezember statt, und zwar vormittags, um allen Kollegen den Besuch der Versammlung zu ermöglichen. Der größere Teil der in Emden beschäftigten Kollegen wohnte auf dem Lande, die Zugverbindung ist so ungünstig, daß nicht alle Kollegen an den Abendversammlungen teilnehmen können. Bezirksleiter Kollege Buch gab einleitend einen interessanten Bericht über den Stand der Organisation und

ihre jetzigen Einrichtungen. Im weiteren gab er eine Schilderung über die Lohnverhandlungen, deren Gesamtergebnis man beurteilen möchte. Auch über die sonstige Tätigkeit der Verbandsleitung gab er ein anschauliches Bild. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen über all das Gehörte recht lobend aus, nur für den Stundenlohn von 76  $\frac{1}{2}$  wollen sie nicht länger arbeiten. Dabei wurde hervorgehoben, daß ungelernete Arbeiter mehr verdienen als unsere Kollegen. Wenn andere Berufe mehr verdienen, so liege die Ursache darin begründet, daß in Emden eine Leuerung herrscht, wie man sie in den benachbarten Orten nicht kennt. Aus diesem Grunde wären auch die hiesigen Beamten in die Gehaltsklasse A eingereiht worden. Weil die Konjunktur im Malergewerbe eine äußerst günstige sei — alle Kollegen arbeiten noch 8 Stunden —, wäre es unverantwortlich, daß unsere Kollegen mit einem Lohn von 76  $\frac{1}{2}$  sich begnügen sollten, um so mehr, weil durch die frühere lange Arbeitslosigkeit alle Kollegen sehr verschuldet sind. Die Versammlung beschloß, den Kollegen Buch zu beauftragen umgehend beim Arbeitgeberverband vorklagend zu werden, um für Emden einen gerechteren Tariflohn durchzusetzen.

Lüneburg. In der am 15. Dezember im Volkshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Buch einen Vortrag über „Ausbau unseres Verbandes und Tarifgemeinschaft“. In großen Strichen zeichnete er zahlenmäßig den bisherigen schwierigen Aufbau der Organisation. Gestützt auf reichhaltiges Material, konnte er feststellen, daß unsere mühsame Arbeit nicht umsonst war und welche segensreichen Auswirkungen unsere Organisation wieder genommen hat. So mancher Kollege, der sichtlich andern Sinnes in die Versammlung kam, ist eines Besseren belehrt worden; das zeigte zum Schluß der reiche Beifall, der dem Referenten zuteil wurde. Kollegen Lüneburgs! Laßt nun den alten Geist in unsern Reihen wieder aufleben! Erfüllt eure Pflicht dadurch, daß ihr alle Berufsangehörigen, die lau und zaghaft noch beiseite steht, aufmuntert und zum Verbandsverband heranzieht! Sorgt dafür, daß die Solidarität unter uns Malern wieder sprichwörtlich wird, geht allen andern durch festen Zusammenhalt und Opfermut voran!

Münster. Am 18. Dezember veranstaltete unsere Filiale anlässlich der vierzigjährigen Wiederkehr der Gründung einer Zentralorganisation unseres Berufes eine Gedenkfeier, die sich eines überaus zahlreichen Besuches erfreute. Zur Verschönerung des Festes hatte sich eine Gruppe der Naturfreunde unter Führung unseres Kollegen Bruno Weist eingefunden, um nach einigen Konzerten die Feier mit einigen Volkstänzen und einem Hans-Sachs-Spiel einzuleiten. Bezirksleiter Kollege Buch schilderte in seiner Festrede den geschichtlichen Werdegang unserer Organisation und hob besonders hervor, daß, so wie unsere Väter mit großem Idealismus einem weiten Ziel zustreben mußten, es heute angebracht ist, daß unsere jüngere Generation sich mit dem gleichen Idealismus auf ein bestimmtes Ziel einstellt. Ehrend gedachte der Referent der unsern Verband über 25 Jahre in Treue angehörenden Kollegen: August Müller, Richard Schöberl, Willibald Weier, Michael Röder, Johann Beck, Otto Müßiggbrod, Friedrich Höfler, Adolf Hegewald, Oskar Raufsch, Friedrich Müller und Hermann Domstreich. Die Filialverwaltung hatte Fürsorge getroffen, daß das leibliche Wohl der Jubilare und ihrer Frauen an diesem Festtage zu seinem Rechte kam, und so verfloß Stunde um Stunde bei fröhlicher kollegialer Stimmung, einmütig in dem Gedanken, wie bisher weiter zu wirken. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation wurde die denkwürdige Feier geschlossen.

### Lackierer.

Thüringer Metallindustrie. Der Schlichter für Thüringen hatte die Parteien für den 17. Dezember nach Weimar geladen, um einen Versuch der Einigung zu machen. Nach dreistündiger Verhandlung nahmen die Unternehmer die für eine Beendigung des Kampfes formulierten Forderungen der Arbeitervertreter entgegen. Die Unternehmer lehnten diese in ihrer Ausschussführung am Freitag, 19. Dezember, ab. Der Kampf geht daher weiter.

Zeit. Infolge Reduzierung der Akkordpreise um 10% legten nach Ablauf der Kündigungsfrist 16 Lackierer (Gruppe Kastenlackierer) der Firma Näher A.-G. in Zeit am 22. Dezember die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten. Es handelt sich um die Kinderwagenbranche.

### Gewerkschaftliches.

Der Redakteur der „Leberarbeiterzeitung“, Genosse Fritz Gied, feierte dieser Tage seinen 60. Geburtstag. 1901 bis 1909 war er Redakteur des „Handschuhmacher“. Infolge Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes mit dem Leberarbeiterverband übernahm Gied die Leitung der „Leberarbeiterzeitung“, die er seit nunmehr 15 Jahren redigiert. Wir entbieten dem Jubilar unsere besten Glückwünsche, hoffend, daß er noch recht lange seine Kräfte im Dienste seiner Berufskollegen betätigen kann.

Ein Pfennig Stundenlohnhöhung. Der Lohnstatistik der „Wirtschaft und Statistik“ zufolge erhöhten sich die durchschnittlichen Tarifstundenlöhne in allen erfassten Gewerbegruppen von September auf Oktober sowohl für gelernte wie ungelernete Arbeiter um einen Pfennig. Der durchschnittliche Tarifwochenlohn erhöhte sich für Gelernte um 1,1%, für Ungelernte um 1,9%. In diesem Monat haben sich aber selbst nach dem ganz unzulänglichen Reichslebenshaltungsindex die Lebenshaltungskosten um mehr als 5% erhöht. In Wirklichkeit war die Erhöhung dieser Kosten ungleich größer. Die Schiedsprüche im Monat November, die in der Regel eine fünfprozentige Lohnhöhung gewährten, waren deshalb vollkommen unzureichend, abgesehen davon, daß sie nur die Kreis-erhöhung vom Oktober berücksichtigten.

Im übrigen hat die amtliche „Wirtschaft und Statistik“ diesmal nur die Nominallöhne, nicht aber auch die Real-löhne ausgerechnet und bei der Aufstellung der Nominal-löhne bemerkt, daß sich diese vorwiegend auf Tariflöhne verheirateter Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptgruppen der einzelnen Gewerbegruppen

bezieht, nicht aber auf tatsächliche Arbeitsverdienste. Diese Feststellung der amtlichen Lohnstatistik war sehr notwendig; denn die in ihr aufgestellten Lohnsätze wurden in der Regel irrtümlicherweise — ob auch absichtlich — als tatsächliche Arbeitsverdienste hingestellt.

**Gewerkschaftsbewegung und Aufstieg.** Der „Krisis in der Arbeiterbewegung“ hat der Breslauer Professor Eugen Rosenstock eine Broschüre gewidmet. Die Gewerkschaftsbewegung kann nach ihm keine durchschlagende Zielsetzung geben. Sie ist in ihr Schicksal verstrickt. Sie ist sozusagen eine Erscheinung im „Untergange des Abendlandes“. Ist die freie Gewerkschaftsbewegung diese Verfallserscheinung? Ist der Tag gekommen, wo die Aufgabe, die zu lösen ist, „in die Hände der Unternehmerschaft zurückgelegt wird“, wie Professor Rosenstock vertritt? Wenn man liest, was Rosenstock von einer Organisation, der die Zukunft gehört, verlangt, dann scheint es unsahbar, daß solche Organisation die der Unternehmer sein soll.

Lebendige Zukunft wird nämlich — und darin hat Professor Rosenstock völlig recht — nicht errungen, wo nur Disziplin herrscht. Die Disziplin muß erfüllt sein von frischem Kulturgeist und von strebender Seele. Rosenstock sagt ganz recht, daß das fremde Wort Struktur deutlicher sagt, was nötig ist und was uns, nach Rosenstock, fehlen soll. „Struktur ist nämlich“, sagt Rosenstock, „Ordnung lebendiger Glieder zu einem Bau, in dem jeder Mensch — lebensvoll und verwandlungsfähig wie eine Seele ist — vom Geist ganz umgeschmolzen und ganz eingeschmolzen wird zu einer einzigen Bestimmung und Leistung für die Gemeinschaft.“

Und das soll die „Struktur“ des Unternehmertums sein? Das wird außer Professor Rosenstock selber niemand glauben. Aber wohl fühlen wir in uns diesen lebendigen Geist. Wer jedoch mit nüchternen Augen nur unsern äußeren Zusammenschluß sieht und mit kaltem Hirn nur unsere organisatorische Arbeit erkennt, der merkt nichts von der Kulturseele dahinter, die nur mitzufühlen und mitzuleben ist. Die Tat, das Opfer, die Solidarität, geboren aus einem glühenden Glauben an ein Neues, Besseres, Höheres, sind der lebendige Beweis dafür, daß die freie Gewerkschaftsbewegung von strebenden Hirnen und von warmen Herzen getragen ist. Die Seele unseres Kampfes ist ein strebender Kulturglaube, der so stark ist, daß er die Verwirklichung dieser Kultur nur auf einem neuen wirtschaftlichen Boden zu erkennen vermag. Wo solch revolutionäre Geistigkeit vorhanden, da ist die Zukunft, aber wahrhaftig nicht und nie und nimmer beim Unternehmertum, das nichts, aber auch gar nichts als seine selbsttätigen Herreninteressen kennt.

Nur das Volk ist nach Goethe „das Depot, aus dem sich die Kräfte der sinkenden Menschheit immer wieder ergänzen und aufrichten“. Und wer darum im Volke, wie es sich im Gewerkschaftskampfe verbunden hat, seine Zukunft mehr sieht, dem ist die Zukunft überhaupt verschlossen, der beweist nur, daß er selber ein sterbendes Glied am wachsenden Baume der Zukunft ist.

### Sozialpolitisches.

**Niedrige Arbeitslosenunterstützung — gesteigerte Arbeitslosigkeit.** Ministerialrat Wolz wüch in den Spalten der „Sozialen Praxis“ für diese seine Ansicht. Arbeitsbeschäftigung und geringes Maß der Unterstützung stärken in den Erwerbslosen ganz wesentlich die eigenen Bemühungen, Arbeit zu suchen. Die Wohlfahrtspflege soll vor Zubilligung der Unterstützung die „Demmungsfaktoren“ vermehren, um so die Belastung der Öffentlichkeit zu vermindern. Der Herr Ministerialrat stellt mit Genugtuung fest, daß dieser Grundgedanke nach den Erfahrungen der letzten Jahre sogar bei einem Massennotstand, der aber im wesentlichen junge, gesunde, erwerbsfähige Personen erfaßt, in der Erwerbslosenfürsorge weitgehend durchgeführt wurde. Die Gesichtspunkte sind besonders notwendig gegenüber allen Personen, die leicht geneigt sind, sich auf die noch mögliche öffentliche Unterstützung zu verlassen. Nur in den Fällen des Massennotstandes erwerbsbehinderter oder alter Personen dürfen Ausnahmen von der Anwendung der „Demmungsfaktoren“ gemacht werden. Diesen „menschlichen“ Ausführungen des Herrn Ministerialrates wurde durch Stadtrat Dieß in der gleichen Zeitschrift eine sehr energische Abfuhr zuteil. Bisher hat man, so hebt dieser hervor, die Erwerbslosen mit Rücksicht auf die Stabilisation mit den geringsten Unterstützungen abgepflegt; jetzt soll ein neuer Grund, eine neue Entlastung dafür aufgestellt werden, warum die Unterstützungsätze so unzureichend sein müssen! Die ganze Welt weiß — schreibt Stadtrat Dieß —, daß der deutsche Arbeiter zu den fleißigsten und im Gegensatz zu seinen Kollegen in Frankreich, England und Amerika genügsamen Menschen gehört. Wer die Einstellung des deutschen Arbeiters nur einigermaßen kennt, wer sich Mühe gibt, in sein Geistesleben einzudringen, und wer wirklich Erfahrungen gesammelt hat, welche Szenen sich tagtäglich in den Arbeitsnachweiserbüros abspielen wenn eine Stelle frei ist, wer tagtäglich Erwerbslose oder deren Ehefrauen, Mütter, Geschwister anzuhören hat, die oft mit flehentlichen Worten, mit großer Leidenschaft oder unter Verwünschungen oder Drehungen die dringlichste Bitte um irgendeine Arbeitsbeschäftigung vorbringen, der redet nicht mehr davon, daß die Vermehrung um Arbeit durch niedrige Unterstützung gefördert werden muß.

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

**Untersuchung auf Bleierkrankung.** Auf Wunsch des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes zu Leipzig haben sich 12 unserer Kollegen einer Untersuchung auf Bleierkrankung unterzogen. Obwohl die Kollegen, die sich hierzu zur Verfügung stellten, sich vollkommen gesund, zum mindesten nicht bleibend kranken, wurden 5 von ihnen als stark bleibend kranken befunden. Eine Nachuntersuchung dieser Kollegen hat dazu geführt, daß einige sofort einem Erhebungsheim zugewiesen wurden. Die Betriebe, in denen die erkrankten Kollegen beschäftigt waren sind sofort einer Kontrolle der

Gewerbeaufsicht unterzogen und ist Anweisung gegeben worden, sämtliche Belegschaftsmitglieder sofort ärztlich untersuchen zu lassen. Gegenwärtig finden im Hygienischen Institut der Universität Leipzig erneut Untersuchungen statt, die vollständig kostenlos für unsere Mitglieder sind. Wir erlauben unsere Kollegen, regen Gebrauch davon zu machen. Anmeldungen hierzu werden im Verbandsbureau der Filiale Leipzig entgegen genommen.

### Berufskrankheiten durch Terpentinersaß.

Ein schwerer Fall von Erkrankung durch Terpentinersaß konnte in Darmstadt bei dem Lackiererkollegen Göß festgestellt werden. Er war vom 26. März bis zum 8. Dezember erwerbsunfähig (seit 27. Oktober ausgeteuert). Seine beiden Hände waren erst dick und bläulich angeschwollen, dann bildeten sich Eiterbläschen, die immer weiter fraßen. Bis ein solches Bläschen abheilte, vergingen 8 bis 10 Wochen. Auch ein Stück vom Unterarm war damit befallen. Ganz ist die Krankheit auch jetzt noch nicht vorbei. — Göß arbeitete oft mit Spachtel, der mit Terpentinersaß verdünnt wird, wie auch alle andern Farben. Noch schlimmer ist es aber, daß die Karosserien mit Terpentinersaß und Puhwolle von der an ihnen haftenden Oelschmiere gereinigt werden.

Gegen die Verwendung des Saß als so schädlich erweisenden Terpentinersaß noch dazu in so großem Umfang, mühten sich unsere Kollegen in den Betrieben entschieden zur Wehr setzen. Solche Vorgänge sind aber auch sofort wenn sie sich zeigen, der Filialverwaltung zu melden. Die muß die zuständige Gewerbeinspektion und den etwa vorhandenen Gewerbearzt benachrichtigen und darf nicht eher ruhen, bis Abhilfe geschaffen ist. Auch die Krankenkasse ist aufmerksam zu machen, und auch in der Presse sollten derartige Mißstände mehr besprochen werden. Dem Verbandsvorstand aber sind Proben solcher Materialien zu senden, damit sie durch amtliche Stellen untersucht werden können; allerdings ist hierzu mindestens etwa 1 Liter notwendig.

Die Gesundheit der Arbeiter ist ein zu kostbares Gut, als daß damit wegen einiger Groschen Mehrprofit Schindluder getrieben werden darf.

### Vom Ausland.

**Der zweite Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei** tagte vom 6. bis 10. Dezember in Karlsbad. Den Verhandlungen wohnten 123 Delegierte bei, die insgesamt 228 974 Mitglieder vertraten. Unter anderem behandelte der Kongress die Fragen der Arbeitslosenfürsorge, der Wirtschaftslage und der Sozialpolitik. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem tschechischen Gewerkschaftsbund zwecks Zusammenschlusses beider Organisationen wurde der Vorstand beauftragt, unter Beteiligung des IGB, die Besprechungen fortzusetzen, jedoch darauf zu achten, dass die Schaffung der einheitlichen Organisation auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Gewerkschaftszentralen und deren Organisationen erfolge. Die Einheitsfront lasse sich nicht durch den blossen Uebertritt der Mitglieder der deutschen Gewerkschaftszentrale herstellen. Der Kongress begrüßte es, dass sich der Internationale Gewerkschaftsbund zur regelmäßigen Mitwirkung bei den weiteren Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei entschlossen hat. Zur Bildungsarbeit wurde der Beschluss gefasst, ab 1. Januar eine „Bildungssteuer“ zu erheben und ab 1. Juli 1925 eine Zentralstelle für sozialpolitische und allgemeine Bildungsarbeit zu errichten. Der als Gast anwesende Vertreter des tschechischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Tayerle, versicherte in seiner Begrüßungsansprache, dass die tschechischen Gewerkschaften alles tun werden, um die Einigung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei herbeizuführen.

### Fachliteratur.

**Decorationsmotive der „Malerzeitung“.** Beistellt von Rich. Hesse. Verlag von J. Neumann, Leipzig. Das Schlußheft für den Jahrgang 1924, die Nr. 281, enthält ausschließlich Vortragsaufsätze moderner Richtung; Monatskalendarium für 1925, entworfen von Emil Stod; Kassenmöbel, Entwurf von G. Stude (2 Tafeln); Langsaal, Architektur von Walter Möller, Malerei von Rich. Hesse; Malereien aus dem Rathauseller Stuttgart, entworfen von Prof. Rich. Schroll.

### Literarisches.

„**Welttrudschau**“ Unter diesem Titel erscheint monatlich einmal ein neues, freigeberliches Arbeiterorgan, das die Ereignisse des Monats auf weltpolitischem, weltwirtschaftlichem und sozialen Gebiete, insbesondere auch die Lage der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik in knappen Übersichten schildert. Das Blatt, dessen Herausgeber Dr. A. Galati, der Schriftleiter der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“, ist, bietet eine sehr nützliche Orientierung und kann warm empfohlen werden. Der Bezugspreis der „Welttrudschau“ beträgt 60 A pro Monat. Bestellungen sind zu richten an die Adresse: „Welttrudschau“, Heidelberg.

### Bekanntmachung.

Von unsern Kollegen in Arosa (Schweiz) werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß dort ein Kollege Adolf Leopold aus Didingen in Württemberg im letzten Sommer Streifbruch begangen hat. Wir bringen dies hierdurch zur Kenntnis.

In Nr. 48 des „Maler“ warnten wir vor einem Kollegen Wilhelm Schröder, geboren am 15. November 1886 in Rattowitz, der mit einer gefälschten Bescheinigung unseres Kollegen Preuß, Gassel, Unterstützungen zu erlangen versuchte. Hierauf ist er in Künenburg aufgetaucht und hat dort verschiedene Schwindelereien versucht. Unsere Bekanntmachung hatte jedoch den Erfolg, daß man aufmerksam wurde und ihm die Bescheinigung abnahm. Wir warnen erneut vor diesem Kollegen und erlauben, wenn er auch weiter irgendwo auftaucht, uns Mitteilung zu machen.  
Der Verbandsvorstand.

Vom 26. Dez. bis 3. Jan. ist die 1. Beitragsperiode.

### Abrechnung vom 3. Quartal 1924

**Einnahme**

A. der Filialen:	
Beiträge	284 822,00
der Filialen	67 188,00
Extramarken	21 698,00
Beiträge zu den Verwaltungskosten	9 863,00
5%	986,30
Sonstiges	456,70
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	229,00
Sonstiges	793,00
Vermögensverwaltung	1 685,00
Summa	337 118,00

**Ausgabe**

A. der Filialen:	
Streifunterstützung	21 187,00
Sterbeunterstützung	1 143,00
Rechtschutz	245,00
Gehälter der Filialangestellten	25 823,00
Versicherungsbeiträge	958,00
Sonstige Ausgaben	123,00
In den Filialen verblieben	67 188,00
B. der Hauptkasse:	
Agitation und Konferenzen	4 858,00
„Der Maler“	7 847,00
„Malerlehrling“ und „Lackierer“	286,00
Tariffbewegung	661,00
Beitrag z. Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund	1 568,00
Flugblätter, Broschüren, Protokolle	194,00
Statistik, Bibliothek	150,00
Verwaltungskosten, persönliche	7 502,00
fachliche	1 206,00
Soziale Fürsorge	2 292,00
Sonstige Ausgaben	1 521,00
Ausgaben der Bezirksleitungen	11 900,00
Ueberschuß im 3. Quartal	180 996,00
Summa	337 118,00

Hamburg, den 22. Dezember 1924.  
J. Petrich, Kassier  
Revidiert und für richtig befunden:  
Otto Streine, E. Ringel, W. Ries, R. Matthe

### Anzeigen

#### Papierbilanz zum 31. Dezember 1923 der Malerbaugenossenschaft Essen-Kuhr, e. G. m. b. H. Essen.

<b>Ktiva.</b>	<b>Passiva.</b>
Vortrag aus 1923 .. 20 520,— A	Reservenfondo .. 25 000,—
Beteiligungsfondo .. 1 000 000,—	Guthaben der Mitglieder .. 1 400 000,—
Bestand .. 305 480,—	„ .. 1 425 000,—
1 225 000,—	
<b>Mitgliederbewegung:</b>	<b>Geschäftsguthaben:</b>
Stand am 31. Dezember 1923 .. 11	am 31. Dezember 1923 .. 4 500,—
Zugang .. 12	Zugang .. 1 285 400,—
Bestand am 31. Dezember 1924 .. 23	Guthaben am 31. Dezember 1924 .. 1 400 000,—

Essen, den 31. Dezember 1923.  
Der Vorstand:  
99. Gwald Engelbach.  
99. Fritz Rindermann.  
Der Kassier:  
99. Georg St.  
99. Rudolf St.

#### Malerbaugenossenschaft e. G. m. b. H., Essen. Goldmark-Gründungs-Bilanz zum 1. Januar 1924

<b>Ktiva.</b>	<b>Passiva.</b>
Beteiligungsfondo .. 2 000,— A	Reservenfondo .. 2 000,—
2 000,—	Guthaben der Genossen .. 140,—
	2 000,—

Essen, den 1. Januar 1924.  
Der Vorstand:  
99. Gwald Engelbach.  
99. Fritz Rindermann.  
Der Kassier:  
99. Georg St.  
99. Rudolf St.

### Züchtige Lactierer

sucht durch Arbeitsnachweis Dessau  
**Dessauer Waggonfabrik A.G.**  
Dessau.  
Dem Angebot sind Zeugnis-Abschriften beizufügen

### Die Filiale Hannover

sucht zum 1. Februar 1925 einen  
**ständigen Hausstassiere**  
Anstellungsbedingungen sind im Bureau zu erfahren. Geeignete Kollegen, die sich um den Posten bewerben, müssen mehrere Jahre Mitglied unseres Verbandes sein und Kenntnisse von Hannover besitzen. Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. Januar 1925 an Kollegen Joh. Schröder, Hannover-Linden, Rätzholzweg 18, III., rechts, zu senden.  
Die Aufstellungskommission